

Sahnsteiner Tageblatt

Bezugs-Preis,
durch unsere Boten in's
Haus gebracht, monatlich
1.- Mk., bei der Post ab-
geschickt vierteljährlich 2.70 Mk.

Kreisblatt für den

Einziges amtliches Veröffentlichungs-

Geschäftsstelle: Hochstraße Nr. 8.



Kreis St. Goarshausen

blatt sämtlicher Behörden des Kreises.

Gegründet 1863. — Fernsprecher Nr. 38.

Erscheint täglich
werktags. — Anzeigenpreis
die einspaltige kleine Zeile
20 Pfg., auswärtige An-
zeigen 25 Pfg.

Nr. 121. Druck und Verlag: Buchdruckerei Fr. Schildel (Sohn Fr. & A. H. v. Oberlahnstein). Mittwoch, den 11. Juni 1919. Verantwortlich: Schriftleiter Fr. H. v. Oberlahnstein. 57. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

In Gemäßheit der Kreispolizeiverordnung vom 1. Mai 1902 wird hiermit das Ergebnis der am 28. Mai 1919 in Refert, Camp und Oberlahnstein stattgehabten Körung bekannt gegeben.

Nr.	Der Stierhalter		Signalement der Stiere				Für welche Zeit angeführt?	Bemerkungen
	Name	Wohnort	Farbe	Alter	Größe	Rasse		
				Jahre	Mon.	Met.		
A. Gemeindefullen.								
1	Schlaadt, Johann	Refert	rotgelb	2	11	1,38	Sahnrasse	auf 1 Jahr angeführt
2	Georg Peter							
3	Schneider, Wilhelm	Sahlerhausen		3	—	1,35		desgl.
4	Wischbach, Philipp	Prath		2	4	1,36		desgl.
5	Widenig, Josef	Camp-Bornhofen		4	6	1,35		bis zum 1. 11. 1919 angeführt
6	Wippert, Franz Witwe	Hof Bledeneck		1	6	1,25		auf 1 Jahr angeführt (nur für Gemeindefullen)
7	Willing, Johann	Gemeinde Osterspai		1	6	1,35		auf 1 Jahr angeführt
8	Wetzel, Witwe	Niederlahnstein		2	6	1,48		desgl.
9	Wieselbe	Oberlahnstein		1	6	1,38		desgl.
B. Privatfullen.								
1	Mand. Wilhelm	Meyer	rotgelb	1	6	1,30	Sahnrasse	auf 1 Jahr angeführt
Der Landrat. J. B. Jann.								

Bekanntmachung

Auf Anordnung der militärischen Kreisverwaltung mache ich darauf aufmerksam, daß alle roten Personalausweise auf der zweiten Seite unter Angabe „Residence“ (Frage 7 von oben) die genaue Wohnungsangabe Ort, Straße und Hausnummer enthalten müssen. Um unliebsamen Vorkommnissen vorzubeugen, empfehle ich allen Papietragern, eine entsprechende Nachprüfung vorzunehmen und die etwa erforderliche Ergänzung auf dem Bürgermeisteramt ausführen zu lassen.

Die Herren Bürgermeister des Kreises werden auf die genaue Ausfüllung der roten Personalausweise nochmals besonders hingewiesen.

St. Goarshausen, den 5. Juni 1919.

Der Landrat: J. B. Jann.

Beginn des redaktionellen Teiles.

Politische Nachrichten.

Die Friedensverhandlungen.

Die deutschen Gegenentwürfe und die Konferenz.

Amsterdam, 10. Juni. Dem Pressbüro Radio zufolge meldet die New York World: Obgleich es nicht amtlich gegeben wird, bleibt die Tatsache bestehen, daß eine Abänderung im Friedensvertrag mit Deutschland vorgenommen wird. Verschiedene Punkte, auf die von den Deutschen Gewicht gelegt wird, werden eine Fassung erhalten, die man für einen geschlagenen Feind annehmbar hält. Obwohl damit die Gefahr einer ernstlichen Krise erheblich vermindert worden ist, darf man nicht vergessen, daß die Erörterungen über diese Frage noch nicht abgeschlossen worden sind. Der New York Sun meldet, daß die Lage hinsichtlich Änderungen im Friedensvertrag befriedigend wechselt. Die Reigung, eine endgültige Entschädigungssumme festzusetzen, wächst.

Eingehende Prüfung unserer Gegenentwürfe.

Versailles, 10. Juni. Wie der „Temps“ meldet, legte der Viererrat die Prüfung des deutschen Gegenentwurfes vor und beschäftigte sich namentlich mit der deutsch-polnischen Grenze. Mehrere Ausschüsse, die morgen vormittag ihre Berichte über den deutschen Gegenentwurf vorlegen sollen, wird eine Fristverlängerung eingebracht werden müssen.

Paris, 10. Juni. Das Mittagsblatt „L'Informa-tion“ vom 9. Juni bringt unter Überschrift „Entscheidende Stunden“ die Nachricht, die wichtigsten Ausschüsse über die Antwort auf den deutschen Gegenentwurf seien noch nicht vorgelegt. Man rechne aber trotzdem mit der Antwort der Verbündeten zum Wochenende.

Versailles, 9. Juni. Das Journal meldet, daß der Bericht über die Wiedergutmachung vom zukünftigen Ausschuss heute vormittag überreicht wird. Er legt die Höhe der Teile der deutschen Schuld fest, die sofort berechnet werden können, wie zum Beispiel die Gesamtheit der Pensionen, während für die übrigen Teile so schnell wie möglich eine Untersuchung vorgenommen werden soll.

Amsterdam, 10. Juni. Wie das Pressbüro Radio aus Washington meldet, hat Franc Bolk in einer Mitteilung an den Kongress erklärt, daß die Forderungen amerikanischer Bürger an der Regierung, welche die deutsche Regierung gegen amerikanisches Eigentum in Deutschland ergreifen habe, entstanden seien, betraue eine Milliarde Dollar betragen. Allein die Forderungen, die sich aus dem Unterseebootkrieg ergaben, betragen 600 Millionen Dollar.

Haag, 10. Juni. Die Times meldet aus New York: Zwei amerikanische Zeitungen, die Chicago Tribune und die New York Times, haben den vollständigen Wortlaut des Friedensabkommens veröffentlicht. — Wilson telegraphierte an den Senat, daß es höchst unerwünscht sei, den Text des Friedensvertrages, über den noch verhandelt würde, und der noch Änderungen unterworfen sei, zu veröffentlichen. Er fordert den Senat dringend auf, eine gründliche Untersuchung anzustellen, wie Exemplare des Vertrages in die Hand von Privatpersonen gelangten.

Krist 5 Tage.

Versailles, 10. Juni. Auch den heutigen Morgenblättern zufolge steht noch nicht fest, wann die Alliierten die Antwort auf den deutschen Gegenentwurf überreichen werden. Amerikanische Kreise hoffen laut Pariser Ausgabe der „Daily Mail“, daß die Antwort der Alliierten heute fertiggestellt sein wird, während englische Kreise die Fertigstellung vor Donnerstagabend nicht für möglich halten.

Paris, 10. Juni. Reuter. Es ist beschlossen worden, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenentwürfe nicht vor dem 13. Juni übergeben werden soll, und daß die Deutschen fünf Tage zur Erledigung bekommen sollen.

Versailles, 10. Juni. Die heutigen Meldungen bezüglich des Zeitpunkts der Antwort der Konferenz sind unbestimmt. Vier von den zehn Ausschüssen berichten dem Viererrat noch nicht vorgelegt. Die Berichte über Saar, Elz, Rhein, die deutsche Grenze nach Böhmen hin, befinden sich auf dem Maitext. Die Erörterungen der Blätter über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dauern fort. Frankreich verharret auf Forderung. Die Frage der Bedenkzeit für Deutschland tritt angesichts der Störung der Unterhandlungen in den Hintergrund. Hier und da wird eine Woche angegeben.

Deutschland Mitglied des Völkerbundes.

Paris, 10. Juni. Aus Versailles melden die Blätter: Die Völkerbunds-Kommission, die in Abwesenheit Wilsons getagt hat, hat sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ausgesprochen.

Versailles, 10. Juni. Der „Temps“ gibt eine Meldung englischer Blätter wieder, der zufolge Deutschland im nächsten Oktober in den Völkerbund aufgenommen werden soll.

Zur Schuldfrage.

Christiania, 8. Juni. Der frühere Generalissimus der russischen Armee Gurlow, der sich zurzeit in Christiania aufhält, veröffentlichte im hiesigen Morgenblatt einen höchst bemerkenswerten Artikel über die Schuldfrage, der angesichts der Bedeutung des Generals die größte Aufmerksamkeit verdient. Anschließend an die Ausführungen des Grafen Brodovsk-Mannau in Versailles und an die anderen deutschen Staatsmänner und Generale, daß Russlands Mobilisierung die Hauptursache des Krieges war, führt Gurlow aus, in der Tat sei die russische Mobilisierung gleichbedeutend gewesen mit der Möglichkeit für Russland, unverzüglich den Krieg zu beginnen, da die einzige Ueberlegenheit Deutschlands in der Schnelligkeit seiner Mobilisierung lag. Hätte Deutschland auf eine förmliche Kriegserklärung russischerseits gewartet, so würde es diesen Vorteil verloren haben, sein Heer so zu mobilisieren, um erst später den Krieg zu erklären, und dies wäre für Deutschland gleichbedeutend mit der Aufgabe seines Hauptkampfes gewesen. Folglich habe die russische Mobilisierung für Deutschland die Notwendigkeit ergeben, ohne einen Tag zu vergeuden, Russland den Krieg zu erklären. Für Russlands Handlungsweise müßten aber Rechtfertigungsgründe gleicher Art anerkannt werden. Die russische

Mobilisierung sei nur die unvermeidliche Folge der österreichischen gewesen.

Aber jedenfalls hätte Russland unmöglich ein gleichgültiger Zuschauer der Mobilisierung der österreichischen Armee bleiben können, die ebenfals gegen Russland hätte dirigiert werden können. Man kann einwenden, daß ein Staat, der sich entschlossen habe, seinem Nachbar den Krieg zu erklären, anstatt einer Mobilisierung, wie sie von Österreich, Serbien gegenüber vorgenommen wurde, seine ganze Armee auf Kriegsfuß bringen werde, daß deshalb die österreichische ein Teilmobilisierung war, die keine Kriegserklärung bedeute. Aber sie habe den Uebergang von Warten zum Handeln bedeutet, folglich habe Russland die österreichische Drohung mit einer Drohung ernster Art beantwortet müssen. General Gurlow schließt seine Darlegungen, indem er auf die Unmöglichkeit aller Verhandlungen über die Schuldfrage hinweist und als Hauptaufgabe hin-stellt, Vorkehrungen zu treffen, um die Wiederholung eines solchen Weltkrieges zu vermeiden.

Polen von Norwegen anerkannt.

Christiania, 10. Juni. Die norwegische Regierung hat Polen als unabhängiger Staat anerkannt.

Die kritische Lage in Mexiko.

Haag, 10. Juni. Die Times meldet aus New York: Die Lage in Mexiko ist so kritisch, daß es nötig wurde, große Streitkräfte an der Grenze zusammenzuziehen. Der Gouverneur von Texas hat dem Kriegsminister anbeigelegt, die erste und zweite Brigade der Staatskavallerie von Texas zu mobilisieren. Gegenwärtig stehen an der Grenze etwa 20 000 Mann, aber in den Demobilisationslagern hinter der Grenze sind noch viele Truppen verfügbar.

Die Vorgänge am Rhein.

Paris, 10. Juni. Havas meldet aus Mainz: „Dr. Dorten hat Wiesbaden nicht verlassen.“ Er steht unter Bedeckung.

Mainz, 10. Juni. Die Mitglieder des sogenannten Kabinetts Dorten, Oberlehrer a. D. Klingenschmitt und Amtsgerichtsrat Liebing, sind aus der hiesigen Zentrumspartei ausgeschlossen worden. Die Richter und die Anwälte haben beschlossen, mit Dr. Liebing nicht mehr zu antizipieren. Ferner haben Richterkollegen, Beamenschaft und Handelskammer der französischen Behörde erklärt, daß sie eine gegen den Volkswillen oktroyierten Regierung keine Gefolgschaft leisten. Eine ähnliche Erklärung ließen Bürgermeister und die politischen Parteien dem General Mangin zukommen. Im übrigen vertrat der General den Standpunkt, daß sich die militärischen Stellen in der Frage der Republik neutral verhalten müssen.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Jetzt scheint auch das Wiesbadener Zentrum von den Leuten der Dortenischen Republik abzurücken, nachdem es, wie es heißt, schwere Kämpfe im Innern des Parteikörpers gegeben hat. Der erste Vorsitzende der Partei, Dr. Gunde, ist als äußeres Zeichen dieses Wandels zurückgetreten.

Mainz, 10. Juni. In der Stellungnahme der Befehlungsbehörden zu der Frage der Rheinischen Republik, hat General Mangin in Mainz an den Bürgermeister der Stadt Mainz, Dr. Kuhl, folgende Mitteilung gelangen lassen, die praktisch das Ende der Achtmännerherrschaft in Wiesbaden darstellt:

Die französische Armee wird nach wie vor den Anhängern und Gegnern der Rheinischen Republik gegenüber strengste Neutralität beobachten. Jede Gewalttat und jede öffentliche Kundgebung, die die allgemeine Ordnung stören könnte, ist untersagt. — Man wird diese klärende Mitteilung, die geeignet ist, die tiefgreifende Beruhigung weiterer Kreise zu bewirken, nur begrüßen.

Von den Personen in Mainz, die wegen ihrer Stellung zu der Rheinischen Republik und den damit zusammenhängenden Vorgängen verhaftet worden waren, wurden der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Engelmann und verschiedene andere Personen, darunter auch ein Beamter des Gaswerks, freigelassen. Die übrigen Verhafteten, darunter auch der Kammerpräsident Adeling und mehrere Lehrer, sind in das unbesetzte Gebiet abgehoben worden und befinden sich in Darmstadt. Die in Wiesbaden verhafteten Personen, die sich des Vorwurfs von Plakaten schuldig gemacht haben, wurden alle aus der Haft entlassen.

Ausweisungen aus Höchst a. M.

Frankfurt a. M., 10. Juni. Der französische Militärattaché in Höchst a. M. beurlaubte den Landrat Dr. Klauer, den Oberbürgermeister Dr. Jahnke und den Beigeordneten Hoog auf unbestimmte Zeit und wies diese Herren an, Höchst innerhalb 48 Stunden zu verlassen.

Treuebekenntnis der Wiener.

Wien, 10. Juni. Nach der großen deutschen Kundgebung gegen den Friedensvertrag am 6. Juni zog eine große Schar von Studenten und sonstigen Volksgenossen zur deutschen Botschaft. Der Botschafter erschien auf dem Balkon und hielt dort folgende Ansprache:

„Ich danke Ihnen, liebe Freunde, für Ihren Beweis der Treue. Wenn auch das deutsche Volk in Deutschland und Deutsch-Oesterreich in schwerer Lage ist, so wollen wir uns den Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes nicht rauben lassen. Alle Deutschen, soweit die deutsche Junge flingt, müssen festzusammenstehen in diesen Tagen der Not.“ — Der Botschafter schloß mit einem Hoch auf Deutsch-Oesterreich, in das die Versammlung begeistert einstimmte.

Wien, 8. Juni. Die konstituierende Nationalversammlung hielt gestern eine außerordentliche Sitzung ab, um die Meinung des gesamten deutschösterreichischen Volkes über die Friedensbedingungen von St. Germain zum Ausdruck zu bringen. — Präsident Seitz erklärte u. a. in seiner Eröffnungsrede: Die Sieger haben je nach ihrer Sympathie den Völkern der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie das Urteil ausgesprochen.

Einladung Ungarns zur Friedenskonferenz.

Wien, 10. Juni. Clemenceau hat an die ungarische Regierung eine Note gerichtet, in der es heißt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Vertreter der ungarländischen Regierung nach Paris einzuladen beabsichtigen. Die Regierung in Budapest wird formell aufgefordert, unverzüglich dem Angriff gegen die Tschecho-Slowakei ein Ende zu machen.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Weimar, 10. Juni. Im Versammlungsraum der Nationalversammlung wurde heute nachmittags in Gegenwart der Reichs- und Landesminister Noske, David, Wissell, Schmidt, Braun und Seine der sozialdemokratische Parteitag eröffnet. Der Vorsitzende der Partei, Hermann Müller, ging in seiner ausführlichen und geschickten Eröffnungsansprache scharf mit der Vaterlandspartei und den verantwortlichen Militärs ins Gericht, deren gegenrevolutionäre Bestrebungen völlig aussichtslos seien. Dann rechnete er aber auch mit den Unabhängigen und Kommunisten ab, beklagte sich über das mangelnde politische Verständnis der Genossen und appellierte zum Schluß sehr wirksam an das Nationalgefühl der deutschen Arbeiter. Den Bericht des Parteivorstandes erstattete Wels in einer zweieinhalbstündigen ermüdenden Rede, die in der Hauptsache Material für die Bekämpfung der Unabhängigen zu liefern bestimmt war. Darauf wurde die Beratung nach 8½ Uhr abends auf morgen vertagt.

Das Rätesystem.

Berlin, 10. Juni. Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung hat in diesen Tagen über die Einfügung des Rätesystems in die Verfassung beraten und sie in der bekannten Form beschlossen, wie sie auch von der Regierung als Paragraph 34 der Verfassung vorgegeben war. Der Zentralrat hält diese Form für vollständig ungenügend. Er richtet daher an das Plenum der Nationalversammlung die dringende Mahnung, dem Vorschlag des Verfassungsausschusses die Zustimmung zu verweigern, und ersucht das Plenum, sich dem vom zweiten Rätekongreß gefaßten Beschluß, Kammern der Arbeit auf berufständischer Grundlage zu errichten, anzuschließen.

Glühender Lorbeer.

Roman von A. Seyffert-Risinger.

16) (Nachdruck verboten.)

Der andere machte eine Bewegung, die seine Verzweiflung verriet. „Ueber das, was ich von der Zukunft erhoffen darf, sprechen wir später. Du kennst mich als tätigen, strebsamen Menschen. Wenn ich also trotzdem nichts fertiggebracht habe, werden ja wohl triftige Gründe daran schuld sein. Jedenfalls muß mir jetzt geholfen werden. Meine Frau hat mich heute mit Bliden angelesen, die mein Blut gerinnen ließen. Tondorf war gestern abend bei ihr und hat sie aufgeführt, nun wirst du's. Also sei barmherzig, Mann, schreib den Deuten, das Porträt sei verunglückt, vielleicht sind sie ganz zufrieden, ihr Geld sparen zu können.“

„Aber lieber, besser Beeslow, ich bitte dich, komm von dieser wahnsinnigen Idee zurück!“

„Durchaus nicht so wahnsinnig, wie es im ersten Moment den Anschein haben mag. . . . Noch hat keiner außer mir das Porträt gesehen.“

„Und wenn schon, dir glaubt ja kein Mädel die Arbeit!“

„Der ausgeblasene Tondorf ist der einzige Künstler, welcher zu uns kommt, mit dem wird Thusti sich zanken, dann habe ich keinen einzigen Sachverständigen mehr zu fürchten. Dir aber tut es keinen Abbruch, wenn du dieses eine Blatt aus deinem Ruhmeskranz mir überläßt. Gott im Himmel, dann ist mir doch geholfen, und ich laufe nicht länger als Fackel herum. Ob Tondorf mir die Arbeit glaubt oder nicht, darauf kommt es nicht an. Den graule ich aus dem Hause. Das kann ich aber nur, wenn meine Frau Achtung vor mir hat. Sieh es doch endlich ein, Felix, daß du mir diesen Freundschaftsdienst geradezu schuldig bist, als Urheber meiner ganzen Kalamität!“

„Wenn der Handel herauskommt, ist mein Name gebrandmarkt für alle Zeit.“

„Aber wie soll denn herauskommen, was nur wir

Berlin, 10. Juni. Der Ton, den der Reichsernährungsminister Schmidt dem Brandenburgischen Landbund gegenüber angeschlagen hat, erregt begreifliches Aufsehen und begegnet auch bei denen, die bis zu einem gewissen Grade die Erregung begründet finden, scharfster Kritik. Wenn auch der Vorwärts die tatsächlich zugestandenem Neuerungen als „kräftige Abfuhr“ des Brandenburgischen Landbundes begrüßt, so sah er sich doch bereits gestern abend veranlaßt, die Neuerungen, die er in dieser Form als wohl nicht völlig zutreffend wiedergegeben bezeichnet, etwas zu dämpfen:

Wir nehmen nicht an, daß der Minister den Landwirten im allgemeinen die Urteilsfähigkeit abgesprochen hat, sondern nur den im Landbund organisierten Raubagrariern.

Gegen die angekündigte Zwangswirtschaft in verschärfter Form erhebt sich lebhafter Widerspruch bis in die Reihen der linksdemokratischen Presse. Jedenfalls läßt der angeschlagene Ton den politischen Takt vermissen.

Erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte.

Berlin, 10. Juni. Der im Reichsarbeitsministerium eingesetzte Ausschuß zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Betriebsräte hat nach fünftägiger Sitzung die erste Lesung beendet. Eine Näherung der Auffassungen haben die Beratungen noch nicht gebracht. Die Regierungsvertreter beschränkten sich darauf, kritische Bemerkungen und Anregungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die meist in entgegengesetzter Richtung gingen, zur Kenntnis zu nehmen.

Durchführung der sachmännischen Schulaufsicht.

Berlin, 10. Juni. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung teilt mit, daß die Nachricht, daß besonders begabte Militäranwärter ohne Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen Volksschullehrer werden könnten, nicht den Tatsachen entspricht.

Die gegenwärtigen nebenamtlichen Kreisfachinspektoren, die nicht Fachleute sind, werden vom 1. Oktober an von ihren Dienstobliegenheiten entbunden. Mit dieser Regelung ist, wenn auch nicht die hauptamtliche, so doch die sachmännische Schulaufsicht in Preußen nunmehr durchweg eingeführt.

Verschiedene politische Nachrichten.

Remscheid, 10. Juni. Ueber die Gründe der Verhängung des Belagerungszustandes über den Stadtkreis Remscheid und den Landkreis Lennep teilt das mit der Durchführung beauftragte Korps Bergmann heute folgendes mit: Die Verhängung des Belagerungszustandes und das militärische Eingreifen in Remscheid und Lennep waren erforderlich, da bekannt geworden war, daß Remscheid eine der Hauptzentralen der Spartakisten bildete und damit die Gefahr bestand, daß von hier aus diellunftsirzbewegung auch auf das Industriegebiet übergreifen würde.

Remscheid, 10. Juni. Die Militärbehörde hat schon heute eine Erleichterung des Belagerungszustandes bewilligt. Oldenburg, 10. Juni. Nach Hugo Rücktritt führt Meyer die Geschäfte des Präsidenten des Freistaates Oldenburg. Hugo hat die Stellung als Ministerpräsident abgelehnt.

Berlin, 10. Juni. Auf Anordnung der Befehlungsbehörden ist die Einfuhr von Teerfarbstoffen aus dem besetzten Gebiet nach dem unbefetzten Deutschland verboten worden.

Berlin, 10. Juni. Der Beschluß des Staatsministeriums, zu Regierungspräsidenten in Köln und in Trier den Geheimrat Brugger und den Obergerichtsrat Ruch, beide Angehörige der Zentrumspartei, zu ernennen, kann erst durchgeführt werden, wenn die Einreiseerlaubnis in das besetzte Gebiet für die beiden Herren erteilt ist.

Berlin, 10. Juni. Die Regierung befehlt eine Anzahl von Leutnantsstellen mit Unteroffizieren. Die erste größere Abtheilung von Unteroffizieren wird dieser Tage zu Leutnants befördert. Es sind dies alles erprobte Männer, die im Kampf um Deutschlands Dasein in vorderster Stelle

beide wissen. Die Signora ist weit fort und kehrt wohl nie wieder hierher zurück. Eine schriftliche Abmachung existiert nicht; das Geld liegt vor dir, einen pekuniären Verlust erleidest du nicht. Mir aber ist geholfen. Ein weiteres Bild wird die Welt allerdings nicht von mir zu sehen bekommen, oder es müßten ungewöhnliche Vorgänge in meinem Innern mich entflammen, zu einer Idee begeistern, die erst geboren werden müßte.“

Eine Pause trat ein. Beeslow sah, daß sein Freund schwankend wurde. „Mit dem Gelde kannst du eine kleine Studienreise machen“, schmeichelte er, „und wenn es dir je am Mämonn fehlen sollte, so schreibe mir; was du haben willst, schaffe ich dir.“

Unwirsch schüttelte Linden den Kopf. „Ich brauche deine Kasse nicht, und an dem erbärmlichen Handel sollte ich mich nicht beteiligen!“

Da sprang Beeslow auf, umarmte den Freund heftig und legte seinen Kopf auf dessen Schulter. „Kette mich vor der Verachtung meiner Frau, ich ertrage es nicht mehr, wie sie mich ansieht, mißtraulich und verächtlich, und sie fängt schon an, mir nachzurechnen, was ich esse. Das ist doch unerträglich und muß ein Ende nehmen, so oder so. Und kann man Thueselda schließlich einen Vorwurf machen? Sie ist in Geldangelegenheiten durchaus generös, ich nehme mir aus der Kasse, was ich brauche, sie fragt nicht, wozu, sie verliert kein Wort darüber, und wenn ich Hunderte verbräuche. Aber sie will keine Null zum Manne, keinen, der auf der Büchsehaut liegt, keinen Trottel, sondern im Gegenteil — ihr Ehrgeiz ist, die Frau eines berühmten Mannes zu sein, du weißt es ja!“

„Das habe ich nun davon, daß ich mich in die Angelegenheiten meines Freundes gemischt habe“, dachte Linden, „leßt muß ich die Suppe aussen. Die ich ihm eingebracht. Kann ich den armen Kerl im Stich lassen? Dann ist er geliefert. Fängt ein Weib erst an, Mißtrauen zu begen und die Achtung zu verlieren, dann gnade Gott dem Manne, an dem sie ihre Launen ausläßt!“

Aber dann brach Linden erschrocken seine Gedanken ab, ein heißer Blick traf das Bild auf der Staffei, konnte er

gekämpft haben und getreu der Regierung beistanden, als schwere Erschütterungen den Bestand des Reichs bedrohten.

Berlin, 10. Juni. Die Beisetzung der Rosa Luxemburg hat der Spartakusbund übernommen. Er hat beabsichtigt die übliche Beerdigungsfeier am 13. d. M., einem Freitag, vom Friedrichshain aus in die Wege zu leiten; die Beisetzung soll dann auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde an der Seite von Karl Liebknecht beigesetzt werden.

Berlin, 10. Juni. Wie aus Prenzlau gemeldet wird, ist im dortigen Krankenhaus an den Folgen einer Operation der Großadmiral v. Holtpendorff gestorben.

Berlin, 10. Juni. In Berlin sind, nach der Tages-Rdsch., Nachrichten aus Schleswig eingelaufen, daß dort ein früherer Reichstagsabgeordneter den Versuch macht, eine Republik Schleswig auszurufen.

Berlin, 10. Juni. Das Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums teilt mit: Zur ordnungsmäßigen Durchführung der noch in Feindeshand befindlichen Gefangenen bedarf es eines großen Aufgebots an Sanitätsbeamten für Abnahmekommissionen und Durchgangsläger. Die nötigen Sanitätsbeamten können indes nur verfügbar gemacht werden, wenn sich zu ihrer Vertretung in den Reservelazaretten u. v. eine ausreichende Anzahl Zivilärzte bereitfindet. Anmeldungen an die Generalkommandos erbeten, für deren Bereich Vertretung angeboten wird. Möglichste Rücksichtnahme auf Privatpraxis vorgesehen.

Dresden, 10. Juni. Spartakisten und Unabhängige versuchen neue auf den Sturz der Regierung gerichtete Umtriebe. Sie bearbeiteten namentlich die ländlichen Industriebezirke und die Kleinstädte. Eine Anzahl örtlicher Anführer sind darauf zurückzuführen.

Christiania, 10. Juni. Die seit längerer Zeit zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung geführten Verhandlungen über die Lieferung von 10 000 Tonnen gehärteter, vorzugsweise pflanzlicher Speisefette und von 750 000 Faß norwegischer Salzheringe nach Deutschland sind zum Abschluß gelangt, nachdem die deutsche Regierung die Verkaufsbedingungen angenommen hat.

H a g, 10. Juni. Die Times meldet über Helsingfors aus Petersburg: In Petersburg herrscht eine Panik. Das Rote Meer hat auf neue eine strenge Herrschaft eingeführt. Der Volkskommissar Sinowjew hat einen Appell an die Bolschewiken gerichtet, sie sollten auf ihrer Hut sein, nicht nur dem Bürgertum gegenüber, sondern auch untereinander, denn es gebe viele Gegenrevolutionäre, die sich als Bolschewiken ausgeben.

Rom, 10. Juni. Nach einer Stefanmeldung haben sich die tripolitanischen Eingeborenen Italien unterworfen und dafür ein Statut mit weitgehenden politischen, administrativen und jurisdiktionalen Rechten erhalten.

Amsterdam, 10. Juni. Aus Washington meldet Reuter vom 7. Juni: Der Chef des Generalstabs der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß die gesamte ursprüngliche nach Archangel entsandte Expedition binnen 14 Tagen nach Amerika zurückkehren werde.

Bern, 9. Juni. Wie die persische Gesandtschaft in Bern den Blättern mitteilt, hat die persische Regierung bei der Friedenskonferenz in Versailles Schadenersatz dafür verlangt, daß mehr als 300 000 persische Untertanen als Opfer der in fremden Streitfällen gelieferten Gefechte aus neutralen persischen Gebiet gefallen sind, ferner für Schädigung des Staatseigentums um 34 Millionen Franken und für Schädigung Privater um rund 3½ Millionen Franken.

Washington, 10. Juni. Nicaragua erbat von den Vereinigten Staaten militärische Hilfe, um dem von Kofarika drohenden Einfall zuvorzukommen. — Reuter erzählt, daß die Regierung, während noch die Untersuchung über die Lage im Gange ist, den Schutz Nicaraguas vor einem Einfall Kofarikas vorbereitet.

Asuncion, 10. Juni. Havas. Der Präsident von Paraguay, Emanuel Franco, ist gestorben.

sich denn überhaupt davon trennen? Es war ihm so ans Herz gewachsen. Wenn er es der Signora sandte, so blieb es immer seine Schöpfung. . . . Würde er es ertragen können, wenn die Zeitungen Beeslow als großen Künstler priesen? Unwillkürlich nickte er sich selbst die Antwort zu. Den erborgten Ruhm würde er jenem nicht mißgönnen. Aber der Vorwurf der Unehrenhaftigkeit konnte auch ihm nicht erspart bleiben, wenn er sich auf einen solchen Handel einließ.

Mit den zehntausend Mark hatte er zu sicher gerechnet, um sie nicht entbehren zu können.

Auch konnte ihm der Betrug teuer zu stehen kommen, ein Zufall alles aufdecken, dann war seine Ehre dahin. Einen so unedelsten Handel verzeiht die Welt nicht.

Er sah das Bild an, durchlebte wieder die Stunden, als es entstanden. Als die Signora ihm so unerböhten ihre Zuneigung gezeigt, war es wie ein Rausch über ihn gekommen. Viel hatte nicht gefehlt, daß er ihrer wunderbaren Schönheit mit heißem Künstlerblut gehuldigt, die Bogen der Liebessehnsucht brandeten begerlich gegen sein verlangendes Herz. Enrika in die Arme zu nehmen, mit ihr seligen Traum zu träumen, erschien ihm damals so selbstverständlich wie ein Gebot der Liebe.

Aber er war ein so durch und durch anständiger Mensch, die Ehre der verheirateten Frau ihm heilig. Es war nicht leicht gewesen, der süßen Schönheit, den heißen dunklen Augen zu widerstehen. Und doch hatte er sich selbst bezwungen.

Ah die einzelnen Phasen seiner Liebesfestigkeit und der Qualen, welche er, im Anschauen des berückenden Antlitzes versunken, erduldet, erinnerte er sich.

Wie er dann Linie um Linie der schönen Stirn, der sanftergerundeten Wangen und wundervoll geschnittenen Augen studiert, der Reiz des Neuen, der Eindruck des Engelgleichen ganz allmählich verblaßte und nur ein reizendes, launisches, anspruchsvolles Persönchen zurückblieb, ihr Stolz dann erwachte, ihr eine neue, interessante Note gab, er rief es sich alles ins Gedächtnis.

(Fortsetzung folgt.)

Dunkle Wolken.

Es ist kein Zweifel, daß Deutschlands Außenpolitik jetzt auf dem gefährlichsten Punkte angekommen ist. Die kritische Stunde ist gekommen, in der das Kabinett über seine künftige Politik die grundsätzlichen Entscheidungen fällen muß. Herr Scheidemann hat deshalb am Samstag noch die Mitglieder des Friedensausschusses zu sich gebeten. Gleich darauf hielt das Kabinett eine Sitzung ab, Minister Bell, der vor wenigen Tagen aus Versailles zurückgekommen ist, wird bei dieser Kabinettsitzung besonders wertvolle Mitteilungen gemacht haben. In ihrer letzten Auswirkung ist aber auch die innerpolitische Situation auf einem gefährlichen Punkte angelangt.

Man ist gegenwärtig ungemein nervös. Die preussischen Minister wollten dieser Tage in Düsseldorf eine Besprechung abhalten, zu der sie telegraphisch eingeladen hatten, Duma: Rheinische Republik. Kaum war die Tagung angelangt, wurde sie telegraphisch wieder abgefragt. Uebrigens ist man nicht nur in Berliner Regierungskreisen nervös, auch in München passiert dasselbe. Es wird gegen die Hinrichtung von Scheidemann protestiert. Auch Scheidemann telegraphierte nach München. Der bayerische Ministerpräsident, der jetzt in der Schweiz ist, überließ es seinen Kollegen im Ministerium, in seiner Abwesenheit das Urteil zu bestätigen.

Reine ist erschossen. Die Folge der Tat ist der Generalstreik. Man wird von Seiten der Reichs-Benachteiligten bald erzählen, daß der Streik harmlos abgelaufen ist. Gewiß, es galt auch nicht, irgend jemanden zu berauben oder irgendwen tot zu schlagen. Viel wichtiger ist, was man in den Berliner radikalen Kreisen sich offen zugesteht: Bei dieser Generalprobe hat es geklappt! Herr Scheidemann weiß, daß sein Präsidentenstuhl nur dann haltbar ist, wenn die Koalitionsregierung weiter besteht. Auf die Reichssozialisten allein gestützt, kann man heute nicht regieren. Die Zahl der Unabhängigen wächst. Der Sparsatzbund nimmt zu. Die Zahl der Kommunisten steigt beständig. Die Mehrheitssozialisten verlieren das Rückgrat, weil sie aufgehört haben, Oppositionspartei zu sein.

Jedem innerpolitischen Anlaß genügt, wie die letzten zwei Tage gezeigt haben, um das wirtschaftliche Leben im Reich lahm zu legen. Heute streikt man, weil Reine erschossen wurde. Am nächsten Freitag soll gestreikt werden, weil Rosa Luxemburg beerdigt wird. Kurz, jedes innerpolitische Ereignis, ob bedeutungsvoll oder nicht, ist Streiksignal. Kann man ableugnen, daß die Organisatoren solcher Streiks es nicht auf eine gewisse Uebung ankommen lassen wollen.

Die Reichsregierung begibt ein trauriges Pfingstfest. Oben erließ Herr Ebert von Weimar aus noch eine Osterbotschaft. In dem halben Hundert von Tagen, die er seitdem verbracht hat, weil ein anderes Schriftstück uns als befristet. Das ist der Friedensvertrag. Die Antwort der Verbändemächte steht aus. Weisagungen und Vermutungen waren heute ganz verfehlt. Aber dieser Friedensvertrag ist eine große innenpolitische und außenpolitische Angelegenheit. Wer die Strömung in Deutschlands Öffentlichkeit kennt, der weiß, daß sich bei der Lösung des Friedensproblems, reeller ausgedrückt also bei der Frage: Sollen wir uns oder geben wir nach? mindestens jeden Tag einmal Gelegenheit gibt, den Oppositionsgeist anderer zu reizen, mit anderen Worten: Wir stehen vor einer Kette von Generalsstreiktagen.

Kein Mensch bezweifelt, daß die Anwesenheit der Bürgerlichen im Kabinett verhältnismäßig die stärkste Stütze ist, und doch liegen die Verhältnisse in Berlin, wenn man offen spricht, heute schon so, daß man nicht bloß wegen der günstigen Lage Weimars, in den kommenden Tagen dort auf einige Stunden die Nationalversammlung verlammen wird. Die Gründe, weshalb man Berlin meiden, liegen tiefer. Der Umsturzgeist, nicht der Pfingstgeist wandert auf den Straßen Berlins. Er schleicht schon in den Gebäuden umher, in die früher nur der siebenmal Geliebte Eintritt fand. Braucht man sich da zu wundern, wenn viele Inhaber solcher Gebäude darob nervös werden? Es handelt sich nicht um Verunsicherung als Folge einer Ueberarbeitung, es ist vielmehr die Furcht vor kommenden Dingen. Gewiß hat Reine mit seiner Freiwilligentruppe Ordnung zu erhalten, die Kommunisten haben aber bereits angekündigt, daß die Regierung Scheidemann in einer Woche erledigt sei. Sie sie das machen wollen, haben sie nicht verstanden. Wer sich an die Januarvorgänge in Berlin erinnert, kann diesen Sinn aber leicht erraten. So traurig ist der Reichsregierung das Pfingstfest.

R. B.

Aus Stadt und Kreis.

Oberlahnstein, den 11. Juni.

1. Fleisch- und Seifenarten werden am Freitag, von 9-12 Uhr und von 3-6 Uhr abgegeben.

2. Vortrag. Am Sonntag, den 15. d. M. 4 Uhr findet in Oberlahnstein im Saale 17 der Freireichschule 1896er Bau ein Vortrag des Leiters der Bezirksstelle der Landesversicherungsanstalten der Rhein- und der Provinz Hessen-Nassau, Herrn Dr. Oskar Schömann aus Coblenz statt über „die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. In der heutigen Zeit ist es nötiger als je, die reifere Jugend durch sachkundige, erfahrene Persönlichkeiten mit den ihnen drohenden Gefahren bekannt zu machen. Diesem Zweck soll der von der Kreisverwaltung veranstaltete Vortrag, dem bei genügendem Zuspruch weitere Vorträge folgen sollen, dienen. Der Besuch des Vortrags kann daher der reiferen Jugend eventl. in Begleitung von Eltern und Vormündern nur aufs dringendste empfohlen werden.

3. Hinweis. Auf die Bekanntmachung betr. genaue Ausfüllung des roten Ausweises in heutiger Nr. wird besonders aufmerksam gemacht.

§§ Die Zulassung von Mädchen in allen Klassen höherer Knabenschulen soll gestattet werden, vorausgesetzt, entsprechende Vorbildung. Sie soll aber nur für besonders qualifizierte tüchtige und begabte Mädchen gelten und nur da, wo bestehende Mädchenschulen nicht in Frage kommen. Dasselbe gilt für Handels-, Fach- und Gewerbeschulen.

(1) Sängerausflug. (Eingefandt) Am 1. Pfingstfesttag unternahm der M.-G.-V. Prohmann seinen geplanten Ausflug nach Nievern. Trotz Bliz und Donner, welche alle Möglichkeiten zu einem Umwetter anzeigten, zog eine über alle Erwartungen große Menschenmenge unter Begleitung des O.-Lahnsteiner Musikchors über den Berg, durch den Wald, Friedrichsberg, Mellen nach dem Bestimmungsort. Hier selbst trafen mit der Bahn noch eine große Anzahl Nachzügler ein, so daß sich die Zahl der Wanderlustigen wohl weit über 600 belaufen haben mag. Nach einer wohlverdienten Stärkung auf einen längeren Marsch, entwickelte sich nun unter Abwechslung von Tanz und Gesang, ein großartiges Programm und unter Anwendung aller verfügbaren Kräfte, verstand es auch Herr Wasth, diesen Tag so schön und feierlich gestalten zu lassen, seinen Gästen nach Möglichkeit mit Speisen und Getränken aufs beste Rechnung zu tragen. Veranlaßt durch die tagsüber große Hitze und Anstrengung, hatte sich eine große Anzahl der Mitglieder mit ausgehängten Ärmeln ihren beengten Gefühlen nach der langen Eingekerkertung durch den Tanz wieder einmal im Vergnügen Luft gemacht. Um 7^{1/2} Uhr verabschiedeten sich die Teilnehmer wieder an der Bahn und unter Mähe und Gedränge kamen alle gegen 8^{1/2} Uhr in Niederlahnstein an. Von hier aus gab es noch eine kleine Exkursion nach der Heimat, woselbst unter Scherz und vergnügter Stimmung sich die Teilnehmer trennten mit dem Bewußtsein, gar bald wieder eine derartige Vergnügungstour unter dem Namen M.-G.-V. Prohmann mit unternehmen zu können.

Niederlahnstein, den 11. Juni.

2. Fahrpländerung. Die Eisenbahndirektion Frankfurt teilt mit, daß nunmehr an Stelle der Triebwagen 2 407 Coblenz ab 10,00, Niederlahnstein ab 10,21 vorm., 1 408 Coblenz ab 10,30, Niederlahnstein ab 10,51 vorm., Niederlahnstein an 7,23, Coblenz an 7,37 und 2 4938 Coblenz ab 1,28, Niederlahnstein an 1,56, Coblenz an 2,08, Personenzüge gefahren werden. 2 4152 Oberlahnstein-Coblenz verkehrt täglich.

(1) Von der Straßenbahn. Infolge der Schwierigkeiten, mit denen die Coblenzer Straßenbahngesellschaft dauernd zu kämpfen hat, ist es notwendig geworden, soll der Straßenbahnverkehr nicht stark beeinträchtigt werden, die Halte stellen an der Marien- und Emserstraße vom 16. Juni an einzuziehen.

Brachbach, den 11. Juni.

1. Nass-Alsbahn. A.-G. Das zur Gruppe der Allgemeinen Deutschen Kleinbahn-Gesellschaft gehörende Unternehmen schließt das Jahr 1918 mit 81 567 M. (i. R. 7026 M.) Verlust. Die Ursache dieses ungünstigen Ergebnisses ist eine erhebliche Steigerung der Betriebsausgaben von 428 620 M. auf 605 504 M., der gegenüber die von 531 513 M. auf 624 173 M. erhöhten Betriebseinnahmen keinen Ausgleich zu bieten vermochten, so daß nur ein Betriebsergebnis von 18 669 M. (i. R. 102 833 M.) verblieb. Bestehende langfristige Pachtverträge sind angesichts der seit Herbst 1916 sprunghaft gestiegenen Betriebsausgaben geradezu vernichtend für das Unternehmen geworden.

Aus Nah und Fern.

Coblenz, 11. Juni. Großfeuer entstand Montagabend in Coblenz-Neudorf in einer Scheune an der Handwerkerstraße. Die Feuerwehr konnte den Brand auf den Herd beschränken. Etwa 100 Zentner Stroh verbrannten, das Vieh konnte gerettet werden.

Em s. Der Betrag für den Pflanztag in den beiden hiesigen Krankenhäusern wurde von 2,50 auf 3,00 M. erhöht. Von dem durch die Befragung an Häusern usw. entstandenen Schaden, wird vorläufig ein Fünftel auf Magistratsbeschluss erlegt werden.

Frankfurt a. M., 8. Juni. In einer hiesigen Fabrik hatte ein Techniker eine wichtige Erfindung gemacht, die das Interesse der technischen Hochschule in Darmstadt fand, so daß ein Patent erwirkt wurde. Der junge Erfinder wurde nun von dem Leiter des Unternehmens zu sich berufen. Er war verwundert, daß der Techniker die Erfindung nicht mit seinem Namen deckte, sondern ein Pseudonym gewählt hatte. „Ich will keinen Ruhm, sondern nur Geld verdienen“, sagte der Techniker. „Na, das Geld verdienen Sie doch auch unter richtigem Namen“, meinte der Unternehmer. „Gewiß“, meinte treuerherzig der Techniker, „aber dann erhalte ich es nicht, sondern meine Frau. Ich brauche es für zu wissenschaftlichen Studien. Der Unternehmer war im Wilde. Und er half dem Mann.

Badenach, 10. Juni. Die Weinberge stehen ausgezeichnet; die Triebe haben sich kräftig entwickelt, und Gescheine sind sehr zahlreich vorhanden, so daß die Winger mit froher Hoffnung auf die schwere Arbeit des Erntens der Weinberge gehen. Ueberall klagt man über Mangel an männlichen Arbeitskräften, obwohl hoher Tagelohn gezahlt wird, so daß sich auch die Frauen und Mädchen dieser harten Arbeit unterziehen müssen. Der Regen der letztvergangenen Tage kam nach der langen Trockenheit auch den Weinbergen sehr gelegen.

Wonschau, 8. Juni. Viehdiebstähle. In der letzten Zeit sind die Viehdiebstähle in hiesiger Gegend an der Tagesordnung. Besonders haben es die Diebe auf Pferde abgesehen. Auf der Burg Dreibern wurde ein Fohlen nachts von der Weide gestohlen und schon in der folgenden Nacht der bestgemästete Ochse aus derselben Umzäunung. In Seifenauel wurde ebenfalls ein Pferd von der Weide entwendet, während man in Kesternich zwei Pferde, darunter ein wertvolles Tier, kurz nacheinander aus den Ställen fortführte. Anscheinend handelt es sich um eine kleine Diebesbande, die sich gut auf ihr Handwerk versteht, denn bis jetzt ist es noch nicht gelungen, auch nur eines der Tiere ausfindig zu machen.

Effen, 10. Juni. 60 000 Ruhrbergleute haben sich bereit erklärt, Ueberschichten, sogenannte „Butterfischen“ zu verfahren, um Kohle für die Ausfuhr nach Dänemark zu beschaffen, für welche von dort Butter ausgeführt wird. Die Buttereinfuhr soll in erster Linie den Bergleuten zugute kommen, die durch Mehrarbeit die Bezahlung der Buttereinfuhr durch Kohle ermöglichen.

Berlin, 8. Juni. Die Ungewißheit der Hinterbliebenen über die Pflege und weitere Erhaltung der Gräber in Feindesland wird von vielen Leuten ausgenutzt. Sie fordern die Angehörigen auf, Verträge abzuschließen über Erhaltung, Instandsetzung und Ausschmückung der Gräber, auch wollen sie Auskunft erteilen, Nachforschungen anstellen, Lagepläne und Photographien beschaffen und Umbettungen, sowohl von Einzelgräbern als auch von Gräbern auf Friedhöfen ausführen. Verlangt dafür wird stets die Voreinsendung einer bestimmten Geldsumme. Das Kriegsministerium sieht sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß im Zentralnachweisbüro alle derartigen oben angeführten Wünsche der Angehörigen wie bisher kostenlos bearbeitet werden und Auskunft erteilt wird. Das Zentralnachweisbüro des Kriegsministeriums, Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 48, hat das gesamte an den ehemaligen Fronten geführte Gräberaktienmaterial in Verwaltung; es sind deshalb alle Anfragen in Gräberangelegenheiten zweckmäßig an diese Stelle zu richten, wobei bemerkt wird, daß die Beantwortung nicht immer so schnell, wie erklärlicherweise erwünscht, erfolgen kann, da das umfangreiche Material sich zurzeit noch in der Sichtung befindet. Zur Vermeidung von Verzögerungen ist bei Anfragen außer dem Namen auch die letzte Feldadresse des Gefallenen anzugeben.

Berlin, 10. Juni. Heute vormittag gegen 11 Uhr brach in den Daimlerwerken in Berlin-Mariefelde Großfeuer aus, das die umfangreichen Schuppenanlagen, die vornehmlich mit Reparaturmaterialien und Gummi angefüllt waren, vernichtete. Der angerichtete Schaden beträgt vier Millionen Mark.

Billiger Hypothekendarlehen für Kleinwohnungsbauten. Die Hypothekenbanken, die sich auf Anregung des Staatskommissars für das Wohnungswesen bereit erklärt haben, 50 Millionen Mark bei 4 1/2-prozentiger Verzinsung und 1/2 v. H. Tilgung ohne weitere Unkosten, also unter Verzicht auf Erstattung des Reichsbankbriefstempels, zur Förderung des Kleinwohnungsbauens für erste und verbürgte zweite Hypotheken zur Verfügung zu stellen, sind der „Daimler“ zufolge u. a.: Frankfurter Hypothekenbank in Frankfurt a. M., Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln, Rheinische Hypothekenbank in Mannheim. Kapitalnachfragen sind an den Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Sonderauskunft für Hypothekendarlehen, Berlin, zu richten.

Zulassung von Frauen zum Studium der Landwirtschaft. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst u. Volksbildung hat genehmigt, daß Frauen, die sich dem Studium der Landwirtschaft widmen wollen, auf vier Semester immatrikuliert und in der philosophischen Fakultät eingetragen werden, wenn sie das Schulzeugnis eines Lyzeums besitzen und in der Landwirtschaft nachweislich wenigstens zwei Jahre lang praktisch tätig gewesen sind.

Langsamer Abbau der Zwangswirtschaft. Berlin, 8. Juni. Der Brandenburgische Landbund hat durch eine Abordnung dem Reichsernährungsminister Schmidt eine „Drohnote“ überreichen lassen, in der es heißt: Der Landbund fordert die restlose Aufhebung der Zwangswirtschaft für alle Produkte aus der neuen Ernte, für Milch, Butter und Vieh aber vom 1. August 1919 an, bis zur restlosen Aufhebung der Zwangswirtschaft die Festsetzung folgender Preisbestimmung mit sofortiger Wirkung: a) für das gesamte Schlachtvieh (Rindvieh, Schweine und Schafe) eine Erhöhung der jetzigen Preise um 100 v. H., b) für die Milch eine Erhöhung auf 80 Pfennig für das Liter ab Stall, c) für die Butter eine Erhöhung auf acht Mark das Pfund. Wenn diese Forderungen von Seiten der Regierung keine ausreichende Berücksichtigung finden, so sind die Führer der Landwirtschaft nicht mehr in der Lage, die Massen von planloser Selbsthilfe abzuhalten, und damit müssen sie auch die Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Daraufhin hat laut Deutscher Tageszeitung der Reichsernährungsminister u. a. geantwortet: Diese Forderungen lehne ich in ihrer Gesamtheit rundweg ab. Ich ersehe, daß der Antrag lediglich aus dem Beweggrund gestellt ist, die Landwirte zu bereichern. Der Antrag ist eine Drohung und entbehrt jeder Sachlichkeit. Sobald der Friede da ist, müssen wird die Maßnahmen zur Durchführung der Zwangswirtschaft bedeutend verschärfen; denn es genügt uns nicht, wenn von mindestens 21 Millionen Tonnen zu erfassenden Kartoffeln noch nicht 10 Millionen Tonnen erfasst werden könnten. Die Fleischversorgung wird gebessert werden, denn wir haben Aussicht, jezt 5000 Rinder in der Schweiz zu kaufen. Die Mittel hierzu werden voraussichtlich den Ueberschüssen der Viehhandelsverbände entnommen werden.

Im weiteren Verlauf erklärte der Minister, daß ein langsamer Abbau der Zwangswirtschaft geplant sei.

Die zukünftige Gemeindefinanzverwaltung. Neben einigen kleinen Gelegen wurde in der letzten Sitzung der preussischen Landesversammlung die Vorlage über die Gemeindefinanzverwaltung in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Die Vorlage will bekanntlich für das Rechnungsjahr 1919 den niederen Einkommen die Gemeindefinanzlast erleichtern und die entsprechenden Beträge von höheren Einkommen aufbürden. Der Ausführl. der die von der Regierung vorgeschlagene Staffelung noch stärker zugunsten der niederen Einkommen gestaltet. Den Gemeinden soll aber durch die Neuregelung nicht etwa eine neue Steuerquelle entzogen, sie dürfen vielmehr die höheren Einkommen nur soweit belasten, daß der für die Ernährung nach

